regeln erstickt worden wäre. Und weisen wir endlich auf die allerneuesten Zeitungsberichte hin, gemäß welchen die Pest theils an verschiedenen Orten gefährlicher aufzutreten beginnt, theils an solchen Orten, wo man sie unterdrückt glaubte, neuerlich ausbricht.

Mit Hochachtung!

Bern, den 19/22. Juli 1867.

Namens der Kommission:

A. Sunkeler.

Note. Die Anträge der Kommission wurden angenommen.

Kommission des Nationalraths:

Herren:

L. Weß-Reynold, in Freiburg.

Ant. Sunkeler, in Luzern.

J. J. Karlen, in Bern.

J. A. Roth, in Karogne.

Ben. Von Arz, in Olten (war nicht in der Kommissionsitzung).

II. Bericht der Kommission des Ständeraths.

(Vom 24. Juli 1867.)

Tit. I

Es ist bekannt, daß im September verfloffenen Jahres durch ungarisches Rindvieh, das von einem fremden Viehhändler in die Schweiz getrieben worden, die Rinderpest in die Kantone St. Gallen und Graubünden eingeschleppt worden ist.

Dank der glücklichen Initiative des Bundesrathes und dem energischen Vorgehen des eidgenössischen Kommissärs, Hrn. Prof. Zangger, konnte diese verheerende Seuche auf wenige Gemeinden des Kantons

St. Gallen und auf die Stadtgemeinde Chur eingedämmt und schon im folgenden Monat Oktober als vollständig erloschen betrachtet werden.

Ich fühle mich verpflichtet, im Namen Ihrer Kommission dem Bundesrathe für das rasche Eingreifen gegen die dem ganzen Lande drohende Gefahr, welches Eingreifen nicht nur durch Art. 59 der Bundesverfassung vollkommen gerechtfertigt war, sondern den eminenten Interessen des Gesamt Vaterlandes entsprach, den verdienten Dank auszusprechen. Die Erfahrung hat bewiesen — und zwar wieder ganz neuerdings in England und Holland, wo man zum eigenen Schaden versucht hat, durch verschiedene ärztliche Verfahrensweisen der Minderpest Einhalt zu thun, dadurch aber das Uebel nur verschlimmert und enorme Einbußen im Viehstande erlitten hat (man schätzt den Schaden in beiden Ländern auf 100 Millionen Franken) — daß diese intensiv contagiöse Krankheit einzig und allein durch rasche Anwendung der schärfsten Polizeimaßregeln, bestehend in unbedingtem Wegschaffen nicht bloß der von der Seuche ergriffenen Viehstücke, sondern des sämmtlichen mit demselben in näherer oder fernerer Berührung gestandenen Viehes, sowie des Heu's, Strohes, Düngers und der Geräthschaften in versuchten Ställen und Gehöften, wirksam bekämpft und extirpirt werden kann.

Durch rasche und schonungslose Anwendung dieser Methode ist es Preußen gelungen, mehrere von Holland aus in sein Gebiet eingedrungene Minderpest-Invasionen im Keime zu bewältigen und sein Gebiet vor dieser Landesgeißel zu bewahren. Durch strenge Durchführung der angegebenen Polizeimaßregeln ist es auch uns glücklich gelungen, die in die Schweiz eingeschleppte Seuche binnen wenigen Wochen zum Verschwinden zu bringen und den Viehstand, der eine Hauptquelle unseres Reichthumes ausmacht, vor größerem Schaden zu bewahren.

Aus dem Bericht des eidgenössischen Abgeordneten (Hrn. Professor Zangger) ergibt sich, daß der Viehverlust im Ganzen 79 Stück betragen hat, wovon 34 Stück krankes Rindvieh, 2 kranke Schafe und 1 kranke Ziege, und 42 Stück gesundes Rindvieh.

Dieser Viehverlust vertheilt sich annähernd gleichmäßig auf die Kantone Graubünden und St. Gallen. Graubünden resp. die Stadtgemeinde Chur verlor 35 Stück, St. Gallen (d. h. die St. Gallischen Gemeinden Tablat, Au und Berneck) verloren 44 Stücke.

Was den durch obigen Viehverlust verursachten Schaden anbetrifft, so beträgt er für St. Gallen laut amtlicher Schätzung Fr. 9,826. —

An zerstörtem Heu, Dünger, Geräthschaften u. s. w. „ 1,594. 54

zusammen Fr. 11,420. 54

Für Graubünden: an Vieh Fr. 7,113. —

„ zerstörtem Futter etc. „ 2,768. 06

zusammen Fr. 9,881. 06

Der direkt durch die Rinderpest und deren Tilgung verursachte Schaden beläuft sich somit für die betroffenen Viehbesitzer von St. Gallen und Graubünden zusammen Fr. 11,420. 54
 " 9,881. 06
 auf Fr. 21,301. 60

Nebst diesem durch die Rinderpest direkt verursachten Schaden wurden dem Bundesrath für indirekt erlittene Einbußen, Bewachungskosten, Sperrmaßregeln, Viehuntersuchungen, Expertisen, Gratifikationen u. s. w. bedeutende Kostenberechnungen eingegeben:

von St. Gallen	Fr. 11,777. 66
" Graubünden	" 8,103. 86
" Appenzell A. Rh. wegen Sperrmaßregeln	" 3,173. 27
	zusammen Fr. 23,054. 79
Es würde also mit dem Vieh und Futterverlust von	" 21,301. 60
der Gesamtschaden betragen	Fr. 44,356. 39

Es stellte sich sodann vorerst die Frage an Ihre Kommission: Soll der Bund an die Tragung obiger Kosten etwas beitragen oder nicht? Ihre Kommission bejaht diese Frage einstimmig und pflichtet hiemit der Ansicht des Bundesrathes sowohl wie des Nationalrathes vollkommen bei. Ihre Kommission findet es angemessen und billig, daß der Bund an der Tragung des durch die Rinderpest und die Tilgung derselben verursachten Schadens participire.

Es ist die Rinderpest eine Seuche, deren rasche und energische Unterdrückung nicht bloß im Interesse eines einzelnen Kantons oder einzelner durch sie geschädigter Viehbesitzer, sondern im Interesse des gesammten Vaterlandes liegt. Wie aber eine Solidarität der Interessen des Einzelnen und des Gesammten besteht, den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, so soll auch bezüglich des durch denselben und durch dessen Vertilgung verursachten Schadens eine solidarische Ersatzpflicht bestehen. Nur wenn der Bund, die Kantone und die einzelnen Bürger solidarisch mit einander eintreten, kann das Uebel wirksam bekämpft werden. Sezen wir den Fall, daß der Viehbesitzer auf keine Entschädigung von Seite des Staates zu hoffen hat, so wird er in der sichern Voraussicht, daß sein ganzer Viehstand von Staats wegen niedergemacht werden wird, sich nicht mit der Anzeigebereitschaft, wenn ein einzelnes Stück seiner Heerde von der Seuche befallen wird. Dadurch wird die Ausbreitung des Uebels befördert und dessen rechtzeitige Vernichtung verunmöglicht.

Aus diesem einfachen Grunde der Nothwendigkeit stimmen die Gesetzgebungen fast aller Staaten Europas, so z. B. Englands, Hollands, Oesterreichs, Frankreichs und Deutschlands darin überein, daß der durch

die Rinderpest und deren Tilgung dem einzelnen Staatsbürger verursachte Schaden entweder ganz oder zu $\frac{3}{4}$ vom Staate ersetzt werden sollte.

Wir besitzen zur Stunde noch kein Gesetz in dieser Sache und haben deshalb freie Hand bezüglich des vorliegenden Falles. Es ist aber zu bemerken, daß bereits eine vom Bundesrath aufgestellte Expertenkommission besteht, welche bezüglich des Ersatzes des durch die Rinderpest und deren Tilgung verursachten Schadens ein Gesetz auszuarbeiten soll. Ohne Zweifel wird dieses Gesetz auf der Grundlage der Ersatzpflicht des Staates erstellt werden. Oder sollte die Schweiz, dieses ganz vorzugsweise viehzuchttreibende Land, das einzige und unentbehrliche Schutzmittel gegen die furchtbare Viehseuche von sich stoßen? - die Schweiz, welche nach statistischen Erhebungen in ihrem Viehstand ein Kapital von nahezu 300 Millionen Franken besitzt? Die Schweiz, eine Republik, sollte weniger Theilnahme und Sorge ihrem Bürger gewähren, als die Monarchen rings um uns her gegenüber ihren Unterthanen? Wenn irgendwo Bundessubsidien laut Art. 21 der Bundesverfassung am Platze sind, so ist dieß bei einer solchen Landeskalamität der Fall.

Dieses Gefühl hat die Bundesversammlung geleitet, als sie am 21. Dezember 1866 beschloß, „der Bundesrath werde eingeladen, der Bundesversammlung Bericht und Antrag zu hinterbringen, ob und in welchem Maße für den stattgefundenen Schaden anläßlich der jüngsten Fälle der Rinderpest, der Bund einen Beitrag zu leisten habe?“

Von dieser Ansicht muß auch der eidgenössische Kommissär ausgegangen sein, als er s. B. in einer Proklamation den Viehbesizern von St. Gallen und Graubünden für den zu erleidenden Viehverlust Schadenersatz in Aussicht gestellt hatte.

Wie die ständeräthliche Kommission einstimmig und entschieden der Ansicht huldigt, daß der Bund einen Beitrag für das wegen der Rinderpest-Seuche zu Grunde gegangene Vieh und für die laut polizeilichem Befehl zerstörten Vorräthe an Futter, Geräth, Dünger und Stroh leisten sollte, so geht sie andererseits auch in der Ansicht mit dem Bundesrath und Nationalrath einig, daß die anderweitigen Ausgaben der Kantons- und Gemeindebehörden für sanitarische Vorsichtsmaßregeln, Bewachungskosten, Grenzsperrern, allgemeine Kosten der Sanitätsbehörden für polizeiliche Nachforschungen u. s. w., welche sowohl in der Pflicht als im eigenen Interesse der betreffenden Gemeinden liegen, auch diesen letzteren und nicht dem Bunde zur Last fallen sollen.

Von der Ansicht ausgehend, daß es billig sei, daß sowohl die betreffenden Viehbesizer und Kantone, als die Eidgenossenschaft den aufgelaufenen Schaden gemeinschaftlich tragen sollen, schlägt Ihnen die Kommission ebenfalls - in Uebereinstimmung mit dem Bundesrath und

Nationalrathe - vor, daß im vorliegenden Falle $\frac{3}{4}$ des Verlustes an Vieh und zerstörtem Futter, Dünger, Stroh und Geräthschaften, den beschädigten Viehbesitzern vergütet werden sollen und zwar zur Hälfte von der Eidgenossenschaft und zur Hälfte von den Kantonen. Der Bundesbeitrag wird nur mit der Bedingung, daß die Kantone die andere Hälfte zu zahlen übernehmen, geleistet.

Der Bundesbeitrag an die Kantone St. Gallen und Graubünden würde nach obiger Berechnung des Schadens von Fr. 21,301. 60 sich auf Fr. 7,988. 70 belaufen, eine Summe, welche zu minim ist, um uns aus Rücksicht auf die eidg. Finanzen von dieser billigen Bundessubsidie abhalten zu können.

Ihre Kommission schlägt Ihnen somit einstimmig Bestimmung zum Beschlusse des Nationalrathes vom 22. Juli vor; es stimmt letzterer im Wesentlichen mit dem Antrage des Bundesrathes überein, und differirt mit demselben bloß durch zwei ergänzende Beisätze in der Motivirung und im Dispositiv Nr. 2, welchen Modifikationen Ihre Kommission keinen Anstand nahm, ebenfalls beizupflichten.

Die Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig und entschieden die Annahme des nationalrätlichen Beschlusses.

Mit Hochachtung.

Bern, den 24. Juli 1867.

Namens der Kommission:
Dr. W. Zelger, Statthalter.

Note. Siehe Bundesbeschluß (IX. 89).

II. Bericht der Kommission des Ständeraths. (Vom 24. Juli 1867.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1867
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	42
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.09.1867
Date	
Data	
Seite	695-699
Page	
Pagina	
Ref. No	10 005 572

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.